

Anti-Grapsch-Kampagne an der Luzerner Fasnacht

Besorgte Bürger haben sich nach Köln bei der Luzerner Regierung gemeldet. Nun werden Flugblätter an Flüchtlinge verteilt.

Michael Soukup

Köln ist überall oder könnte sich zumindest überall ereignen, so der mediale Eindruck zurzeit. Dies fürchtet auch die Luzerner Regierung. In knapp drei Wochen startet die nach Basel grösste Fasnachtsveranstaltung der Schweiz und damit der erste Grossanlass nach den Ereignissen von Köln. Letztes Jahr kamen

150 000 Menschen an die Luzerner Fasnacht. Diese Besucherinnen und Besucher will der Luzerner Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf (CVP) vor möglichen sexuellen Übergriffen durch Flüchtlinge schützen. Wie er gestern dem regionalen Onlineportal «Zentral plus» bekannt gab, soll aufgrund der Kölner Vorfälle in Luzern ein Infoblatt an die Asylsuchenden verteilt werden. Man werde in den Asylzentren eine Aufklärungskampagne starten, denn es müsse klar sein, so Graf, dass es «bezüglich sexueller Belästigung beziehungsweise sexueller Übergriffe in unserer Gesellschaft eine Nulltoleranz gibt».

Wie Silvia Bolliger, Sprecherin des Gesundheits- und Sozialdepartements

des Kantons Luzern, auf Anfrage sagte, hätten sich besorgte Bürger und Bürgerinnen bei den Behörden gemeldet. Anfang Januar erklärte Graf, dass sexuelle Übergriffe an der Fasnacht in den letzten Jahren nur in Einzelfällen der Polizei gemeldet wurden und sich auch nicht häufiger als sonst ereignen würden. Bolliger betont denn auch: «Auch im Zusammenhang mit Flüchtlingen war sexuelle Belästigung bisher kein grosses Thema im Kanton Luzern.»

Bei der Anti-Grapsch-Kampagne handelt es sich aber nicht um Gender-Kurse, sondern um Flyer, welche den Asylsuchenden in den Zentren in die Hände gedrückt oder als Plakate dort aufgehängt werden. «Die Gestaltung und der genaue

Wortlaut sind noch nicht bekannt, weil die Umsetzung noch im Gange ist», so Silvia Bolliger. Abgesehen von der kurzfristig angesetzten Kampagne werde den Flüchtlingen bereits in den herkömmlichen Integrationskursen der respektvolle Umgang mit dem anderen Geschlecht erklärt. «Die Asylbewerber werden darauf hingewiesen, dass jegliche Verstösse gegen die Rechtsordnung der Polizei gemeldet werden», sagt Graf.

Guido Graf sorgte letzten Sommer landesweit für Schlagzeilen. In einem Brief an Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga forderte er, dass Asylsuchende aus Eritrea in der Schweiz nicht mehr als Flüchtlinge anerkannt werden sollen.